



Bundestags- brief

Nr.24 • Die Woche im Bundestag • 12.10.2007

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

· Platz der Republik 1 ·
11011 Berlin

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Wirtschaftsaufschwung stärken, Arbeitslosigkeit konsequent bekämpfen

Die neuen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegen: Die Reformanstrengungen der letzten Jahre waren nicht umsonst, wir sind auf dem richtigen Weg. Deutschland hat alle Chancen, wieder zu einer verlässlichen Wachstumslokomotive in Europa zu werden. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 12 Jahren. Das ist auch Folge richtiger Politik. Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat ergeben, dass die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion maßgeblich mitgestaltete Reform des Arbeitsmarktes einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leistet. Die Betonung des Förderns und Forderns hat zu einer größeren Kompromissbereitschaft der Arbeitslosen bei der Arbeitssuche geführt. Offene Stellen werden wesentlich schneller wieder besetzt als vor der Reform. Besonders Stellen für Geringqualifizierte waren deutlich kürzer vakant. Wegen der positiven Erfahrungen hat rund jeder zehnte Betrieb in den letzten zwei Jahren zusätzliche Stellen für Geringqualifizierte geschaffen.

Diese Entwicklung ist erfreulich, zurücklehnen dürfen wir uns aber nicht. Angesichts von immer noch über 3,5 Mio. Arbeitslosen wissen wir: Wir sind noch nicht über den Berg. Deswegen werden wir Kurs halten und weiterhin Politik für mehr Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslosigkeit machen. Leider fehlt dieses eindeutige Bekenntnis bei unserem Koalitionspartner. Die SPD gibt der Linken nach und setzt auf populistische Forderungen. Wir wollen, dass der Aufschwung bei denen ankommt, die ihn durch ihre tägliche harte Arbeit möglich gemacht haben. Daher setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter zu senken – auch weil so die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze geschaffen

werden. Diese Beitragssenkung, die allen Arbeitnehmern zu Gute kommt, hat für uns Vorrang vor neuen und längeren Transferleistungen. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen und nicht Arbeitslosigkeit verwalten. Das ist für uns soziale Politik. Deshalb kommt eine Veränderung beim Arbeitslosengeld I für uns nur dann in Frage, wenn diese aufkommensneutral ist. Wir wollen alles dafür tun, dass dieser Aufschwung dauerhaft ist. Daher fordern wir die konsequente Aktivierung von Arbeitslosen sowie eine Konzentration der bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Durch die Förderung von Beschäftigungschancen in Privathaushalten möchten wir die Voraussetzungen für zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen die Wachstumskräfte stärken und nicht bremsen.

Klimaschutz mit den Mitteln des Marktes:

Wir wollen Klimaschutz mit maximaler Effizienz. Alle Maßnahmen, die jetzt zur Diskussion stehen, müssen einer strengen Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden, damit dann auch wirklich das beschlossen wird, was am schnellsten und effektivsten CO₂ einspart. Klimapolitischer Aktionismus und Symbolpolitik führen nicht weiter. Wir erwarten deshalb vom Bundesumweltminister bei den einzelnen Maßnahmen verlässliche Aussagen zu den zu erwartenden Kosten und zum ökologischen Nutzen. Die CO₂-Vermeidungskosten sind für uns ein zentrales Kriterium zur Beurteilung der Effizienz der Maßnahmen. Das heißt auch, dass die künftige CO₂-arme Versorgung mit Energie nicht zu einer sozialen Frage werden darf. Das größte Potential zur CO₂-Vermeidung liegt in der energetischen Sanierung von Gebäuden. Dies hat auch die jüngste Studie des BDI erneut gezeigt. Deshalb müssen wir die Hindernisse, die

momentan noch dem Aufbau eines Marktes für Energiedienstleistungen entgegenstehen, beseitigen. Die Studie des BDI zeigt auch klar, dass ehrgeizige Klimaschutzziele nicht ohne eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke zu erreichen sind. Die weitere Nutzung der Kernenergie würde uns Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Wer sich dieser simplen Erkenntnis verschließt, nährt Zweifel an der Seriosität seiner Klimaziele. CDU und CSU sind die Parteien der Sozialen Marktwirtschaft. Innovationen, Wachstum und Beschäftigung haben sich immer noch am besten entwickelt, wenn Bürger und Unternehmen Freiraum für Kreativität und neue intelligente Lösungen hatten. Dieser Rahmen hat Deutschland wirtschaftlich stark gemacht und genau dieser Rahmen bietet auch die besten Bedingungen für erfolgreichen und effizienten Klimaschutz. Für uns haben deshalb auch beim Klimaschutz marktwirtschaftliche Instrumente Vorrang vor ordnungsrechtlichen Eingriffen. Wir wollen mehr Anreize, weniger Ge- und Verbote.

Eine Zwangsabgabe von Vermietern, die kein Geld für die kostenintensive Sanierung ihrer Immobilien aufbringen können, wird es mit uns nicht geben. Die damit verbundene Bürgerschnüffelei ist eines freien Staates unwürdig. Das heißt auch, dass wir Klimaschutz mit möglichst wenig Bürokratie wollen. Wir werden uns bei der Umsetzung des Energie- und Klimaprogramms für ein Minimum an Regulierung stark machen. Fördermittel müssen möglichst unkompliziert die Empfänger erreichen. Eingespielte Verfahren sollen, wenn möglich, genutzt werden. Gängelei und bürokratische Bevormundung sind kein Weg, die Motivation der Bürgerinnen und Bürger zu mehr Klimaschutz zu fördern.

CDU und CSU haben den Schutz des Klimas auf der nationalen und internationalen Agenda ganz weit nach oben gesetzt. Deutschland wird mit dem in Meseberg beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramm deutliche Fortschritte beim Klimaschutz machen. Das Programm selbst und insbesondere die Diskussionen in Deutschland um die konkrete Umsetzung werden weltweit genau beobachtet. Wir können jetzt zeigen, dass wirtschaftliches Wachstum auch mit weniger Energieverbrauch möglich ist.

Musikerziehung voranbringen

Zum Weltmusiktag am 1. Oktober 2007

Musik geht um die Welt, doch bei weitem nicht alle Kinder hierzulande machen mit. Auch wenn in unserem Land fast 1 Million Kinder und Jugendliche Unterricht an einer öffentlichen Musikschule erhalten, kann der Zustand der musikalischen Bildung in Deutschland als verbesserungswürdig bezeichnet werden, denn die Voraussetzungen und die Qualität sind sehr unterschiedlich. Der Mehrwert der Musikerziehung ist unbestritten: Musikalische Bildung ist ein entscheidender Bestandteil allgemeiner Bildung. Musikerziehung fördert die Intelligenz und das analytische Denken, Musik hilft, fremde Kulturen zu verstehen und sich zu verständigen. Das gemeinsame Musizieren führt Menschen zusammen. Doch der schulische Musikunterricht bedarf einer deutlichen Stärkung. Die Absenkung der Musikstundenzahl in manchen Ländern, die nur befristete Einstellung von Musiklehrern, Mangel in der musikalischen Früherziehung, fehlende Anerkennung der Bedeutung des Musikunterrichts - hier ist Abhilfe dringend notwendig. Auch wenn all dies in die Zuständigkeit der Länder fällt, so gibt es doch eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen für die Förderung der kulturellen Bildung. Ein Beispiel, das zurzeit auf Nordrhein-Westfalen begrenzt ist, könnte wegweisend sein: Die Bundeskulturstiftung hat mit dem Land eine Vereinbarung getroffen, zehn Millionen Euro für das Projekt "Jedem Kind ein Instrument" zur Verfügung zu stellen, wenn das Land denselben Betrag zusagt und das Projekt später fortführt. Auf diese Weise wird die Teilhabe an Musik und musikalischer Bildung der Breite der Gesellschaft zugänglich gemacht. Auch in anderen Ländern könnte eine solche Kooperation nützlich sein. Deutschland, das sich als Kulturnation versteht und es als eine der wichtigsten Pflichten der Kulturpolitik ansieht, die Vielfalt seines kulturellen Erbes zu bewahren, muss in der kulturellen Bildung noch stärker werden. Denn ohne kulturelle Bildung können wir auch unsere weltweit einzigartige Kulturlandschaft nicht bewahren.

Zu guter Letzt:

Wenn die Zeit kommt, in der man könnte, ist die vorüber, in der man kann
(Marie Ebner-Eschenbach)